Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrage-gebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 295. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ **Wilsdruff-Dresden** Postscheck Dresden 2640 **Sonnabend, den 18. Dezember 1926**

Ausdehnung.

Von hervorragender wirtschaftlicher Seite erhalten wir die nachstehenden Ausführungen zu verschiedenen aufsehenerregenden Vorgängen der letzten Tage.

Die Millionenverluste beim Ufa-Film.

Die weitaus größte und bekannteste unter den deutschen Filmgesellschaften sieht sich in einer Zeit, die fast Tag für Tag die Errichtung neuer Lichtspieltheater bringt, wo also scheinbar eine Hochkonjunktur auf diesem Gebiete besteht, gezwungen, ihren Aktionären die traurige Mitteilung zu machen, daß ungefähr Zweidrittel ihres Gesamtkapitals von 45 Millionen Mark verloren seien. Die Leitung der Gesellschaft macht dafür mit in erster Linie die hohen Steuern verantwortlich, und es ist in der Tat eine schwere Belastung für das Unternehmen, wenn es im Laufe eines Jahres allein 7 Millionen Mark an Lustbarkeitssteuern bezahlen muß. Was diese 7 Millionen bedeuten, wird erst klar, wenn man erfährt, daß es sich hier nicht etwa um die Lustbarkeitssteuer handelt, die die Filme der Ufa überhaupt brachten, sondern die Erträgnisse der Steuer aus den der Ufa gehörenden Theatern. Die Verwaltung der Ufa hat einwandfrei festgestellt, daß bis zu der vor kurzem erfolgten Ermäßigung der Lustbarkeitssteuer diese Steuer etwas mehr ausmacht als die gesamten Erzeugungskosten des betreffenden Films. Aber das ist nicht der einzige Grund des schlechten Geschäftsergebnisses und selbst im Falle vollständiger Steuerfreiheit würde die Gesellschaft mehr als die Hälfte ihres Kapitals verloren haben. Die Ufa hat zu viele und zu kostspielige Filme hergestellt. Mancher Film, der anfangs mit ungefähr 2 Millionen Mark Kosten veranschlagt worden war, kostete nachher anstatt dessen 5 oder 6 Millionen, und wenn er — wie jetzt der Faust-Film — nicht einschlug, so waren die Millionen umsonst verausgabt. Der Film ist und bleibt ein sehr riskantes Geschäft, vor allem die Herstellung großer Filme, und wenn die Ufa-Verwaltung jetzt auch erklärt, nach Durchführung der Sanierung und nach Abtragung der Bankschulden in der gewaltigen Höhe von 30 Millionen Mark würde wieder mit Gewinn gearbeitet werden, so kann man diesen Optimismus der Verwaltung doch nicht recht teilen. Denn der Film ist ein Zufallsgeschäft und ob ein Film dem Publikum gefällt und Geld einbringt, weiß man niemals vorher.

J.-Farbenindustrie und Amerika.

Seit Monaten schon befaßt sich die Öffentlichkeit mit den Vorgängen in der J.-G.-Farbenindustrie, dem größten deutschen Wirtschaftsunternehmen. Einige der maßgebenden Direktoren dieser Gesellschaft haben mit amerikanischen Firmen, vornehmlich mit Rockefeller, verhandelt, um diese an der Ausnutzung der im Besitze der J.-G.-Farbenindustrie befindlichen Patente auf dem Gebiete der Kohleverflüssigung zu beteiligen. Die Herren sind jetzt nach Deutschland zurückgekehrt und alle Welt wartete gespannt auf ihre Berichte. Die Gesellschaft begnügte sich aber damit, eine kurze nichtssagende Mitteilung zu veröffentlichen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß die deutsche Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse daran hat, zu erfahren, welche Aussichten das größte deutsche Industrieunternehmen, dessen Aktien zu den begehrtesten Anlagewerten gehören, in der Zukunft hat. Man weiß nur, daß die Gesellschaft in der Nähe von Merseburg ausgedehnte Anlagen errichtete, in denen zunächst mit der Gewinnung des Benzins aus der Kohle in großem Stile begonnen werden soll. Ob und inwieweit es möglich sein wird, die deutsche Wirtschaft dadurch von dem Ausland in bezug auf die Benzineinfuhr freizumachen, muß abgewartet werden.

Neue Ozeanriesen.

Ende 1918, nach dem Versailler Zwangsvertrag, hatte nicht nur die deutsche Kriegsmarine bis auf wenige Trümmer zu bestehen aufgehört; auch die deutsche Handelsflotte mußte fast gänzlich ausgeliefert werden. Inzwischen haben wenige Jahre genügt, die deutsche Flotte wieder bedeutend zu stärken, so daß sie nicht mehr allzu weit von ihrem ehemaligen Stande entfernt sein wird, sobald die jetzt in Auftrag gegebenen großen Neubauten vollendet sein werden. Der Norddeutsche Lloyd hat jetzt zwei neue Ozeanriesen bei deutschen Werften bestellt, die bei einer Tonnage von 46 000 Tonnen die Reise von Bremen nach Newyork in sechs Tagen zurücklegen sollen. Der bisher größte Dampfer des Lloyd, der „Columbus“, hatte nur 35 000 Tonnen. Allerdings hatten die deutschen Vorkriegsdampfer „Imperator“ und „Vaterland“ einen noch weit größeren Fassungsraum, nämlich 58 000 Tonnen, aber diese Schiffe hatten sich als nicht wirtschaftlich erwiesen und man ist vom Bau derartiger schwimmender Luxuspaläste wieder abgekommen. Schon heute aber steht die deutsche Handelsflotte wieder als ein wichtiger Faktor im internationalen Verkehr da und ihr immer weiterer Ausbau geht planmäßig vor sich. E. N.

Der Kaiser von Japan gestorben?

Berlin, 18. Dezember. Die Morgenblätter geben eine unverbürgte Meldung aus Neuyork wieder, daß der Kaiser von Japan gestorben sei.

Der Sturz der Reichsregierung

Kabinett Marx gestürzt.

Mit 249 gegen 171 Stimmen.

Der Reichstag nahm Freitag nachmittag mit 249 gegen 171 Stimmen das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung an, die damit gestürzt ist. Die Deutschnationalen stimmten für das Mißtrauensvotum.

Die Regierung Marx ist in offener Feldschlacht gefallen. Bis kurz vor Beginn der Abstimmung war ihr Schicksal ungewiß. Erst der Abgeordnete Graf Westarp, der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, brachte die Klärung der parlamentarischen Lage, als er im Namen seiner Partei ausführte, daß die Deutschnationalen für das sozialdemokratische Mißtrauensvotum stimmen würden, um eine Klärung der politischen Lage herbeizuführen, da die Regierung der Mitte nicht dauernd mit wechselnden Mehrheiten regieren könne.

Vor der Abstimmung ist natürlich von den Regierungsparteien versucht worden, ihr Kabinett am Ruder zu erhalten. Der Versuch ist mißglückt. Der Reichspräsident v. Hindenburg hatte am Freitag vormittag Reichskanzler Marx zum Bericht über die innenpolitische Lage sowie Graf Westarp zu einer Unterredung empfangen. Reichskanzler Dr. Marx erklärte dem Reichspräsidenten gegenüber, daß er weder die Verhandlungen über die Große Koalition fortsetzen könne, noch Besprechungen über die Durchführung eines Bürgerblocks oder Rechtsblocks für ihn in Frage kommen. Die Deutschnationalen haben aus dieser Stellungnahme des Reichskanzlers sodann die ihnen notwendig erscheinenden Folgerungen gezogen und für das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten gestimmt. Wie es heißt, wollten die Deutschnationalen sich nur dann der Stimme enthalten, was dann vielleicht zur Rettung des Kabinetts Marx hätte führen können, wenn ihnen bestimmte Zusagen für eine baldige Mitbeteiligung an der Reichsregierung gemacht worden wären.

Die parlamentarische Lage im Reichstag ist verworrener denn je. Wer der Nachfolger von Dr. Marx werden wird, ist noch ganz unbestimmt. In den Wandelgängen des Reichstages schwirren, wie immer in aufgeregten Zeiten, die verschiedensten Gerüchte herum. Bald spricht man von einem Kabinett der Weimarer Koalition, die also aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten bestehen würde, bald heißt es, daß Wirth wieder an die Spitze der Reichsregierung berufen werden soll; natürlich werden auch andere Kombinationen genannt. Reichskanzler Dr. Marx wird, wie immer nach dem Rücktritt einer Regierung, die Geschäfte vorläufig weiterführen, bis sich der neue Mann gefunden haben wird, der sein Erbe antreten soll. Wer dieser Mann sein wird, ist noch ganz ungewiß . . . .

*

Sitzungsbericht.

(253. Sitzung.) CB. Berlin, 17. Dezember.

Die Zusatzvereinbarungen zum Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Italien werden ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenfalls ohne Aussprache angenommen wurde der Gesetzentwurf zur Regelung der Sozialversicherungen und der Erwerbslosenfürsorge der bei Reparationsarbeiten im Auslande beschäftigten Arbeitnehmer. Die dritte Lesung des Nachtragsetats wurde darauf fortgesetzt. Verbunden damit sind die Mißtrauensvoten der Sozialdemokraten und Kommunisten.

Weitere Aussprache über die Reichswehr.

Abg. Dr. Haas (Dem.) bedauerte die Haltung der Sozialdemokraten. Sie rufe ihm einen österreichischen Scherz in Erinnerung. In einem österreichischen Dorfe feierte ein Gemeinderat seinen 70. Geburtstag. Da er eine politisch stark umstrittene Persönlichkeit war, konnte man sich im Gemeinderat über seine Ehrung nicht einig werden. Schließlich kam man zu einem Kompromiß und sandte folgendes Glückwunschschreiben: „An Ihrem Ehrentage gedenken wir des tapferen Patrioten und wünschen viele weitere Jahre des Wohlergehens. Gleichzeitig sprechen wir die bestimmte Erwartung aus, daß Sie endlich Ihre landesverräterische Tätigkeit einstellen.“ (Große Heiterkeit.) Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion sei eine politische Unmöglichkeit. Man solle eine Regierung erst dann stürzen, wenn man sich völlig klar darüber ist, wie die nächste aussehen solle. Sonst käme man allmählich dazu, daß die nächste Regierung immer noch schwächer sei als die vorhergehende. Was die Reichswehr beträfe, so solle man nicht dauernd in der Vergangenheit zwecklos herumwühlen, sondern für die Zukunft Besserung schaffen. Viele Ausführungen Scheidemanns seien schmerzhaft und peinlich gewesen. Warum hätte man auf die Verhältnisse von 1920-21 zurückgreifen müssen? Die Demokraten wollten allerdings ein Heer, das nicht schon durch die Art des Ersatzes einseitig auf den monarchischen Gedanken eingestellt sei, die Reichswehr solle jedoch nicht zu einem Instrument der Sozialdemokratie, sondern zu einem zuverlässigen Instrument der Deutschen Republik gemacht werden.

Abg. Müller-Franken (Soz.) stellte fest, daß die Rede Scheidemanns scharfe Kritik erfahren habe. Dadurch werde ihr Inhalt aber nicht widerlegt. Scheidemann hätte nur die Beschwerden seiner Partei vorgetragen, weil eine Klärung in der Reichswehr sofort erfolgen müsse. Außenpolitisch hätte Scheidemanns Rede nur nützen können, denn sie zeige, daß man mit unerträglichen Zuständen endlich in Deutschland radikal Schluß machen wolle. Das liege gewiß im Sinne der Politik Stresemanns. Der Grenzschutz in Oberschlesien sei seinerzeit notwendig gewesen, aber er sei sehr bald danach zu einer Gefahr für die friedliche Bevölkerung geworden. Erklärungen der Regierung, daß Beziehungen der Reichswehr zu den Selbstschutzverbänden verboten seien, genügten nicht. Die Sozialdemokraten verlangten als Sofortprogramm, daß diese Verbote endlich durchgeführt würden. Der Redner begründete dann das Verlangen seiner Fraktion auf Rücktritt der Regierung. Wochenlang hätte der Reichskanzler mit den Sozialdemokraten verhandelt, bis Dr. Scholz von der Volkspartei ihn widerlegt habe. Deshalb hätten die Sozialdemokraten kein Vertrauen mehr und glaubten, die persönlichen und sachlichen Garantien für eine Neubildung der Regierung durch den Rücktritt der bisherigen schaffen zu müssen.

Abg. Rädel (Komm.) vermißte jeden Beweis für die sozialdemokratischen Behauptungen über Rußland. Er forderte die Auflösung des Reichstages.

Abg. Graf Reventlow (Völk.) besprach die Genfer Ergebnisse. Der Mißerfolg von Thoiry soll dadurch versteckt werden, daß man die Frage der Militärkontrolle als ganz außerordentlich wichtig hinstellt. Stresemann sei von Mißerfolg zu Mißerfolg geeilt.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) wies den Vorwurf der Illoyalität gegenüber den anderen Koalitionsparteien zurück. Die Deutsche Volkspartei sei auf Grund der interfraktionellen Besprechungen weder nach links noch nach rechts gebunden gewesen. Wenn er, so erklärte der Redner, in Insterburg vor seinen Wählern seiner Skepsis gegenüber der Großen Koalition Ausdruck gegeben habe, so sei das sein gutes Recht, das er sich von niemandem im Reichstag bestreiten lasse. Im übrigen sei die Rede Stresemanns ein Beweis dafür, daß er mit seiner Prophezeiung recht gehabt habe.

Abg. Dr. Schwarz-Berlin (Linker Komm.) erging sich in heftigen Angriffen gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, von denen er behauptete, daß sie bürgerliche Parteien geworden seien.

Abg. Scholem (L. Komm.) gab unter allgemeiner Heiterkeit die Erklärung ab, daß die anderen Mitglieder der kommunistischen Opposition die Ausführungen des Redners ablehnten.

Abg. Erkelenz (Dem.) stellte gegenüber dem Abgeordneten Dr. Scholz fest, daß die Abrede des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten vom Zentrum und den Demokraten gebilligt wurde, daß allerdings Dr. Scholz Widerspruch erhoben habe. Damit schloß die allgemeine Aussprache.

Es folgt

die Beratung der einzelnen Haushalte.

Beim Auswärtigen Amt soll auch die Angelegenheit der D.A.Z. besprochen werden.

Abg. Stöcker (Komm.) meinte, bei Erörterung des Ankaufs der D.A.Z. durch die Regierung, Reichsaußenminister Dr. Stresemann gehöre deswegen vor den Gerichtshof.

Beim Reichsministerium des Innern

wurde ein Antrag angenommen, für Beamtenerholungsheime nicht 100 000 Mark, sondern nur 70 000 Mark zu bewilligen. Die Regierungsparteien beantragten, die in zweiter Lesung auf 48 Millionen erhöhte Summe für das Sofortprogramm zugunsten der Ostgebiete wieder auf 41 Millionen herabzusetzen. Der Antrag wurde darauf mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten angenommen.

Beim

Ministerium für die besetzten Gebiete

wurde eine Entschließung von Guérard (Ztr.) angenommen, die eine ähnliche Unterstützung wie für die Ostgebiete, auch für die besetzten oder besetzt gewesenen Gebiete des Westens verlangt.

Bei der allgemeinen Finanzverwaltung wird eine Herabsetzung des Härtefonds für Notopfer mit 240 gegen 156 Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Die Mehrausgabe soll durch Erhöhung der Einnahmen gedeckt werden.

Der Nachtragshaushalt wird dann in der Gesamtabstimmung gegen die Kommunisten angenommen. Angenommen wird eine Entschließung, wonach die Weihnachtsbeihilfen der Beamten in entsprechender Weise auch den Reichsarbeitern gewährt werden sollen.

Somit ist die Tagesordnung vorgeschritten bis zu den Abstimmungen über die Mißtrauensvoten gegen die Regierung. Schnell füllen sich die vorher nur schwach besetzten Bänke, und unter allgemeiner Spannung betritt Abg. Graf Westarp (Dtn.) die Tribüne, um eine Erklärung abzugeben.

Deutschnationale gegen Regierung.

Abg. Graf Westarp weist die Verdächtigung der Reichswehr und den Versuch ihrer Politisierung mit Entschiedenheit zurück. Er erklärt, daß die Deutschnationalen gegen das Mißtrauensvotum, das sich gegen Dr. Geßler richtet, stimmen werden.

Bei dem allgemeinen Mißtrauensvotum handele es sich um etwas anderes. Die letzte Zeit habe klar den Beweis erbracht, daß eine Regierung der Mitte, die ihre Politik auf wechselnde Mehrheiten zu stützen sucht, nicht möglich ist. Der Versuch, die fehlende Stütze durch einseitige Verhandlungen mit der Sozialdemokratie zu finden, sei endgültig gescheitert. Im Interesse des Landes sei es aus außen- und innenpolitischen Gründen unbedingt erforderlich, daß endlich eine stabile Regierung mit klaren Mehrheitsverhältnissen geschaffen wird. Aus den Besprechungen haben wir, sagte der Redner, nicht die Gewähr entnehmen können, daß der dazu erforderliche Entschluß nunmehr von der Regierung gefaßt werden wird. Es handelt sich daher jetzt um die Herbeiführung der notwendigen Klarheit, nicht um eine Stellungnahme zu der Regierungspolitik der Vergangenheit und der Zukunft. Die deutschnationale Fraktion werde daher dem gegen das Gesamtkabinett gerichteten Mißtrauensvotum zustimmen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF